



Die nach dem
Güterkraftverkehrsgesetz
zuständigen Kontrollbehörden

**Betreff: Innerstaatliche Beförderungen gebietsfremder
EU- / EWR-Unternehmer im Zusammenhang mit der
Verbreitung des Coronavirus**

Aktenzeichen: StV 13 / 7372.1/3
Datum: Berlin, 18.03.2020
Seite 1 von 2

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor dem Hintergrund der Verbreitung des Coronavirus in Deutschland und der Zunahme hiermit in Zusammenhang stehender Infektionen mit SARS-CoV-2 hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur entschieden, zur Sicherstellung der flächendeckenden Verfügbarkeit von Waren des täglichen Bedarfs, von Gütern zur medizinischen Versorgung sowie von Treibstoffen, die Beförderung durch gebietsfremde EU-/EWR-Unternehmer auch über die in Kapitel III der VO (EG) Nr. 1072/2009 genannten Bedingungen hinaus zuzulassen.

Die Regelungen der VO (EG) Nr. 1072/2009 sehen grundsätzlich keine Möglichkeit für die Mitgliedstaaten vor, von den Kabotagevorschriften des Kapitels III Ausnahmen für bestimmte Beförderungsfälle vorzusehen. Bei teleologischer Auslegung sind jedoch solche Beförderungsfälle von den Kabotagebestimmungen ausgenommen, die von der Ausnahme nach Artikel 1 Absatz 5 Buchstabe e) der VO (EG) Nr. 1072/2009 umfasst sind. Auch wenn sich die konkrete Formulierung auf Ausnahmen für die Beförderung zur Hilfsleistung in dringenden Notfällen (insbesondere Naturkatastrophen) bestimmter Güter bezieht, bestehen hier keine Zweifel, dass Gleiches auch für Beförderungen gelten muss, die im Zusammenhang mit der Erfüllung o.g. Zwecke stehen.

Dies führt dazu, dass für entsprechende Beförderungen nach Artikel 1 Absatz 5 VO (EG) Nr. 1072/2009 die Vorlage einer Gemeinschaftslicenz grundsätzlich nicht verlangt werden kann. Die Ausnahme nach

Dr. Tamara Zieschang
Staatssekretärin

HAUSANSCHRIFT
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2200
FAX +49 (0)30 18-300-2219

sts-z@bmv.bund.de
www.bmvi.de





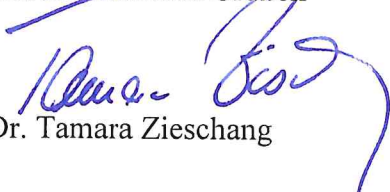
Seite 2 von 2

Artikel 1 Absatz 6 der VO (EG) Nr. 1072/2009 ändert nicht die Bedingungen, von denen die Mitgliedstaaten bei ihren eigenen Staatsangehörigen den Zugang zu den in Absatz 5 genannten Tätigkeiten abhängig machen. Eine entsprechende Ausnahme im nationalen Recht trifft § 2 Absatz 1 Nummer 5 GüKG. Eine Gemeinschaftslizenz kann somit nicht verlangt werden.

Die für Kontrollen und die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich des Straßengüterverkehrs zuständigen Behörden werden daher gebeten, bei Vorliegen nachfolgend genannter Voraussetzungen bis zum 30.09.2020 von der Verfolgung und Ahndung güterkraftverkehrsrechtlicher Verstöße, die Genehmigungspflicht und die Kabotagevorschriften betreffend, abzusehen:

1. Der Einsatz ist beschränkt auf die Beförderung von
 - Waren des täglichen Bedarfs, insbesondere Lebens- und Futtermittel, zwischen Produktions-, Lager-, und Verkaufsstätten;
 - Güter zur medizinischen Versorgung sowie zur Eingrenzung, Bekämpfung und Bewältigung der SARS-CoV-2-Pandemie (insbesondere auch Produkte zur Analyse der Infektion, infektiionsrelevante Schutzausrüstung, Desinfektionsmittel u.ä.) oder
 - Treibstoffen.
2. Es sind Begleitpapiere analog § 7 Absatz 1 Nummer 3 GüKG sowie eine Kopie des Vertrages zwischen dem Transportunternehmer und dem Auftraggeber mitzuführen.
3. Einschlägige Rechtsvorschriften der EU und nationale Rechtsvorschriften, insbesondere
 - a. Vorschriften über die höchstzulässigen Maße und Gewichte,
 - b. Vorschriften über die Sicherung der Ladung, sowie
 - c. arbeitsrechtliche und entsenderechtliche Vorschriftensind zu beachten.
4. Die Vorschriften über Lenk- und Ruhezeiten sind zu beachten. Auf den Erlass des BMVI vom 18.03.2020 zu Ausnahmen von den Lenk- und Ruhezeiten nach Artikel 14 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 wird hingewiesen.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Tamara Zieschang

